aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

51 April 2025 — Normalpreis: 1€ — Solipreis: 2€

rso revolutionär sozialistische organisation

DOSSIER ANTIMILITARISMUS

- Die Aufrüstungsspirale dreht sich
- Keinen Cent, keinen Menschen dem deutschen Militarismus!
- Revolutionäre Antwort im Aufbau?

ab Seite 2

AUS DEN BETRIEBEN

- Interview mit einem Berliner U-Bahnfahrer zum Streik
- Öffentlicher Dienst in Berlin: Alles streikt – Gemeinsam ist wichtig!

ab Seite 7

ÖSTERREICH

Die Sozialpartnerschaft schlägt zurück ...

Seite 10

REZENSION

Die Republik der Träumer

Seite 11

Unsere Leben statt ihre Waffen!

Trump hat mit seiner Abkehr von der Unterstützung der Ukraine in der Weltpolitik einiges in Bewegung gesetzt. Die Herrschenden in Europa antworten mit Plänen für eine beispiellose Aufrüstung. In Deutschland wurde die Schuldenbremse in Rekordzeit „reformiert“. Mit ihr wurden bisher und werden weiterhin notwendige Mehrausgaben für Gesundheit, Bildung und Sozialstaat abgeblockt. Doch für Waffen und Militär ist plötzlich endlos Geld vorhanden.

Die Kosten der Militarisierung sollen durch Angriffe auf die Lebensbedingungen der Arbeitenden finanziert werden. Diese haben dadurch aber nichts zu gewinnen – im Gegenteil. Die Spannungen zwischen den imperialistischen Großmächten werden sich nur weiter zuspitzen. Gegen diese Entwicklung regt sich aber auch Widerstand, etwa im Bündnis gegen Aufrüstung in Berlin.

Für ihre Interessen stehen auch die Beschäftigten der Krankenhäuser und des öffentlichen Dienstes in Berlin und anderswo auf. Die Arbeitenden müssen sich Verbesserungen immer selbst erkämpfen. So auch in Österreich, wo die Gewerkschaftsführung ihre Beteiligung an der neuen Regierung als großen Triumph der Sozialpartnerschaft feiert. Dabei rollt auf die Lohnabhängigen das größte Sparpaket der Nachkriegszeit zu.

Inspiration bietet auch „Die Republik der Träumer“, die einen Blick auf den Arabischen Frühling in Ägypten wirft. ■

Die Aufrüstungsspirale dreht sich immer schneller

Seit US-Präsident Trump deutlich gemacht hat, dass die Ukraine ihn nur noch als Rohstofflieferant interessiert[1] und die EU ihre Kriege gefälligst selbst führen soll, überschlagen sich die Aufrüstungspakete und Ankündigungen für Kriegskredite. Um das zu rechtfertigen, werden wahlweise mal Putin und mal Trump als „Gefährder" eingestuft, weshalb Deutschland und ganz Europa in atemberaubendem Tempo aufrüsten müssten.

Immer lockerer geht es Politiker:innen aller Parteien bis hin zu Gewerkschaftsvorständen über die Lippen, dass Deutschland „verteidigungsfähig" werden müsse. Die Zeiten hätten sich geändert. Ach ja?

Was ändert sich gerade?

Nein, der Kapitalismus heute ist derselbe wie vor 10 Jahren oder 40 Jahren. Und gerade die westlichen Großmächte haben sich noch nie gescheut, weltweit Kriege zu führen (von Vietnam über Irak bis Afghanistan, um nur einige zu nennen), um ihre Kontrolle über Rohstoffe, Handelswege, Pipelines oder Absatzmärkte zu sichern.

Was sich verschärft seit einigen Jahren ist die internationale Konkurrenz unter den Wirtschaftsmächten, unter anderem weil der Aufstieg Chinas zum Global Player die Kräfteverhältnisse durcheinanderwirbelt und alle ihren Platz in der imperialistischen Hackordnung neu behaupten müssen. Auch Putins imperialistischer Überfall auf die Ukraine ist nur ein Teil dieses Pokers, bei dem die größten Player die USA, China und die EU-Staaten sind.

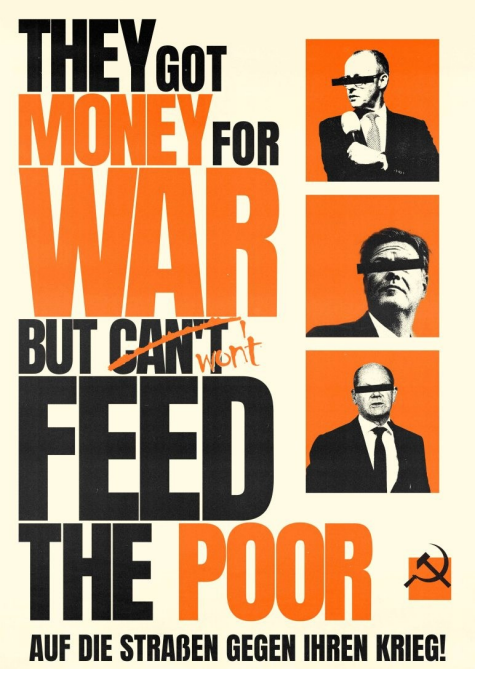
Dabei dienen die Staaten den weltumspannend agierenden Großkonzernen, die als große Monopolisten Teile des Weltmarkts dominieren und deren Interessen vom jeweiligen „Mutterland" vertreten werden (z. B. die von VW, Siemens, Deutsche Bank oder Rheinmetall eben vom deutschen Staat). Die wirtschaftliche Konkurrenz des Großkapitals treibt die militärische Aufrüstung voran. Um auf dem Niveau der USA und China mithalten zu können, müssen die europäischen Staaten, allen voran Deutschland, Frankreich und Großbritannien, ihre militärischen Kräfte bündeln.

Russland als willkommene „Bedrohung"

Gerade Deutschland will militärisch wieder eine Führungsrolle spielen, die es zusammen mit dem Zweiten Weltkrieg verloren hatte. Bei Trumps Rohstoffdeal mit der Ukraine geht Deutschland vollkommen leer aus, obwohl sie sich seit drei Jahren so viel Mühe gegeben haben. Dieses Außenvorlassen will die deutsche Regierung in Zukunft verhindern. Doch für eine so massive Aufrüstung benötigt man die Unterstützung der Bevölkerung. Um die zu bekommen, wird seit Jahren ein Bedrohungsszenario nach dem anderen aufgebaut. Der baldige Kanzler Friedrich Merz (CDU) rührte vor der Abstimmung zu den Kriegskrediten noch einmal kräftig die Kriegstrommel. Mit Blick auf Russland sagte er: „Es ist ein Krieg auch gegen unser Land, der täglich stattfindet, mit Angriffen auf unsere Datennetze, mit der Zerstörung von Versorgungsleitungen, mit Brandanschlägen, mit Auftragsmorden mitten in unserem Land." Im Abschlusspapier der Koalitionsverhandlungsgruppe zur Außenpolitik wird Russland als „größte und direkteste Bedrohung" bezeichnet. Am 27. März berichteten verschiedene Medien über ein gemeinsames Strategiepapier von Bundeswehr und Bundesnachrichtendienst, in dem davon geredet wird, dass Russland in den nächsten fünf Jahren einen „großmaßstäblichen konventionellen Krieg" beginnen könnte.

Russland könnte Deutschland angreifen? Nichts spricht dafür. Aber egal. Seit Jahren werden unsere Gehirne mit diesem Szenario malträtiert. Jede Krise ist ein Segen für Maßnahmen, die die arbeitende Bevölkerung und die Jugend sonst nicht akzeptieren würden. Trumps aggressive Politik wird von den Regierenden in Deutschland genauso benutzt. Denn zur Verteidigung der weiterhin enorm hohen Gewinne der großen international tätigen Konzerne soll die arbeitende Klasse und vor allem die Jugend alles geben. Sie sollen für die Rüstungsindustrie und früher oder später in Kriegen verheizt werden. Lassen wir uns nicht einreden, sie würden Frieden verteidigen. Sie bereiten Krieg vor: Handelskriege und weltweite Kriegseinsätze.

» Für eine so massive Aufrüstung benötigt man die Unterstützung der Bevölkerung. Um die zu bekommen, wird seit Jahren ein Bedrohungsszenario nach dem anderen aufgebaut. «



Europa ist genauso imperialistisch

Die EU mit Deutschland an der Spitze sind dabei nicht „die Guten“, die doch eigentlich nichts als Frieden wollen. Nein, erinnern wir uns an die Kriege, an denen Deutschland beteiligt war oder ist: Im 19 Jahre andauernden Einsatz in Afghanistan hat Deutschland nach den USA das zweitgrößte Truppenkontingent gestellt und war für mehrere Massaker an Zivilist:innen verantwortlich.

In Mali hat die Bundeswehr den französischen Imperialismus in dessen ehemaliger Kolonie militärisch unterstützt. Und beim aktuellen Völkermord an den Palästinenser:innen ist Deutschland wieder nach den USA der zweitgrößte Waffenlieferant.

Frankreich wiederum hat eine lange Tradition mit seinen furchtbaren Kolonialkriegen (Indochina-Krieg als Vorläufer des Vietnamkriegs und Algerienkrieg), die es bis heute mit ständigen Militäreinsätzen in Afrika fortführt. Großbritannien hat sich u. a. an der Seite der USA im Irakkrieg die Hände schmutzig gemacht. Die Liste scheußlicher Kriege, die die EU-Länder geführt haben, ist nicht weniger lang als die anderer Länder.

Wenn alle aufrüsten, dann müssen „wir“ folgen?

Ein Krieg nach außen ist immer verbunden mit einem Krieg nach innen gegen die arbeitende Bevölkerung. Um die Wirtschaft zu pushen, und ja, auch die Kriegswirtschaft aufzubauen, sollen die Arbeitenden niedrige Löhne, längere und flexiblere Arbeitszeiten akzeptieren, das Rentenalter soll erhöht, die Entgeltfortzahlung bei Krankheit und Sozialleistungen sollen gekürzt und das Streikrecht weiter eingeschränkt werden. Die Liste der Forderungen aus den Konzernen ist lang.

> Die Liste scheußlicher Kriege, die die EU-Länder geführt haben, ist nicht weniger lang als die anderer Länder.

Nirgendwo auf der Welt wollen die Menschen sterben, die Jugend will nicht in den Krieg. Überall auf der Welt gibt es Hunderttausende Menschen, die Widerstand leisten gegen Sozialabbau, gegen Rassismus, gegen Krieg.

Unsere Gegner sind nicht die Bevölkerungen anderer Länder, weder die russische, noch die chinesische oder die US-amerikanische. Die Herrschenden versuchen uns das Gegenteil einzutrichtern. Aber das ist nicht wahr. Die Bevölkerungen der Welt sind unsere Verbündeten gegen die herrschenden Klassen in allen Ländern und vor allem hierzulande in Deutschland. Vereinigen wir uns international gegen die Kriegstreiber der Welt. Nein zu deren Kriegspolitik und deren Angriffe auf Soziales und Arbeitsplätze. Hoch die internationale Solidarität!

Sabine Müller und Richard Lux, Berlin

1 Siehe dazu auch unseren Artikel www.sozialismus.click/ukraine-nach-der-bereicherung-durch-den-krieg-folgt-die-bereicherung-nach-dem-krieg-auf-kosten-der-bevoelkerung/

Auch im offiziell „neutralen“ Österreich wird aufgerüstet. Das Regierungsprogramm der neuen Regierung aus ÖVP, SPÖ und NEOS sieht eine Erhöhung der Militärausgaben auf 2 % des BIP vor, was eine Steigerung um 150 % bedeuten würde. In den Bereichen Gesundheit und Soziales soll es hingegen massive
Kürzungen geben.

Neue Kampfjets und Raketen sollen angeschafft werden, die Miliz, die Truppe und die Zahl der Offiziere sollen vergrößert werden. Die Beteiligung an der EU-Verteidigungspolitik und der NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP) soll verstärkt werden. Auch die Einführung von Sky Shield ist geplant. Die Forschungsförderung soll verstärkt in den militärischen Bereich gelenkt werden.

Garniert wird diese Mobilmachung nach außen mit einer Militarisierung im Inneren. Auch bei der Polizei soll es eine Personaloffensive sowie die Ausweitung von Überwachungsmöglichkeiten, etwa durch Drohnen zur Gesichtserkennung und nicht-tödliche Waffensysteme, geben.

Waffen- und Rüstungsunternehmen reiben sich angesichts der europäischen Aufrüstung die Hände. Die Umsätze von Glock, Steyr Arms und AVL List stiegen 2024 um 37 %.

Florian Weissel, Wien

Keinen Cent, keinen Menschen dem deutschen Militarismus!

Die Aufrüstungsbestrebungen Deutschlands sind in vollem Gange. 2022 beschloss die damalige Ampelregierung 100 Milliarden Euro zusätzlich für Aufrüstung, doch mit der neuen Grundgesetzänderung können unbegrenzt Schulden für die Militarisierung aufgenommen werden.

Mitte März haben Union, SPD und Grüne in einem undemokratischen Manöver ihre Zwei-Drittel-Mehrheit des alten Bundestags genutzt, um diesen neuen Spielraum zu eröffnen.

Was steht drin

Im Wesentlichen wurden zwei Sachverhalte beschlossen. Zum einen ein Sondervermögen für die Infrastruktur in Höhe von 500 Milliarden Euro und einer Laufzeit von zwölf Jahren, wovon 100 Milliarden Euro für die Bundesländer und 100 Milliarden Euro für den Klima- und Transformationsfonds (KTF) vorgesehen sind. Die 100 Milliarden Euro für den KTF sind im Wesentlichen Subventionen für die deutsche Wirtschaft zum „grünen“ Umbau. Was genau mit den anderen 300 Milliarden Euro geschehen soll, bleibt unklar. Genauso unklar ist, wie viel von dem Geld für solche zivile Infrastruktur ausgegeben wird, die auch notwendig ist, um Kriege zu führen, wie Brücken-, Straßen- und Schienenausbau.

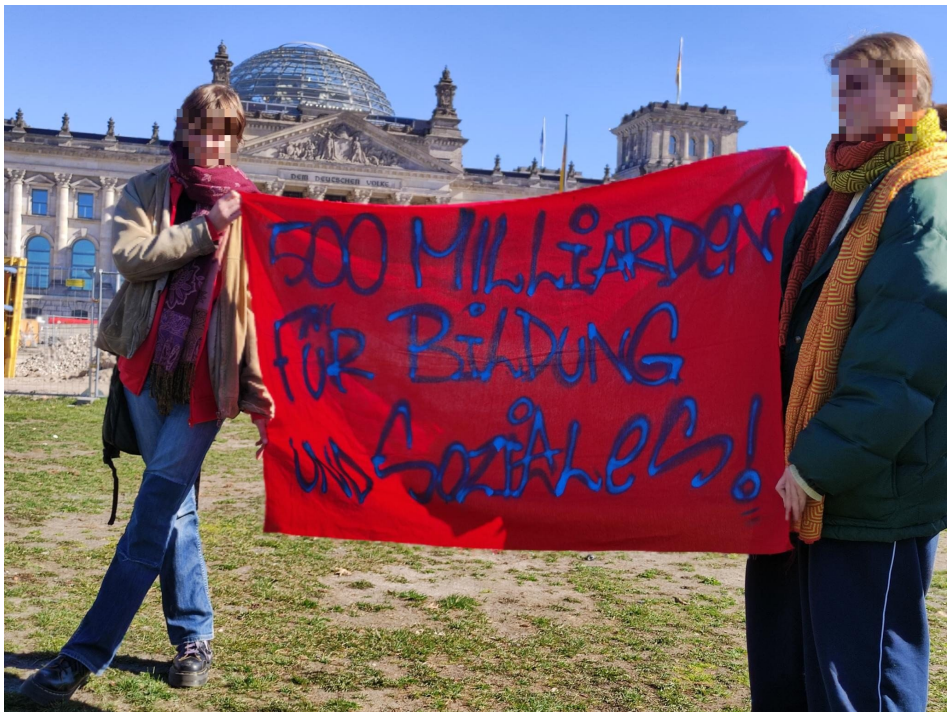
Zum anderen wird die Schuldenbremse nur für Ausrüstung faktisch abgeschafft, während sie für alle anderen Bereiche bestehen bleibt. Aufrüstung wurde dabei hinter folgender schöner Formulierung versteckt: „Ausgaben des Bundes für den Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie für die Nachrichtendienste, für den Schutz der informationstechnischen Systeme und für die Hilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten". Alle solchen Ausgaben ab einer Höhe von mehr als einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) fallen nicht mehr unter die Schuldenbremse. Ein Prozent des BIP entsprach 2024 rund 43 Milliarden Euro. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) spricht von einem „Verteidigungsaufwand“ von 3 Prozent des BIP jährlich. Die CDU will sogar 3,5 Prozent. Das wären auf Grundlage des BIP 2024 rund 150 Milliarden Euro pro Jahr, doppelt so viel wie zurzeit. In den nächsten 10 Jahren könnten weit mehr als 1.000.000.000.000 Euro (1 Billion) für das Militär ausgegeben werden.

Mit diesen Kriegskrediten hat sich die neue Bundesregierung einen finanzpolitischen Spielraum verschafft, wie keine Regierung vor ihr und kann nun neue innen- und außenpolitische Töne anstimmen.

Was genau mit dem ganzen neuen Geld passieren soll, ist noch unklar. Einige haben aber schon konkretere Pläne. Markus Söder (CSU) erstellte bereits einen Wunschzettel, der erahnen lässt, wohin die Reise gehen könnte: Sein „Masterplan“ fordert eine Truppenstärke von 500.000 Soldat:innen (aktuell sind es ca. 180.000) und eine Armee von 100.000 Drohnen. Kriegsspielfantasien eines Ministerpräsidenten.

Was sind die Folgen?

Die Schuldenbremse wurde zwar gelockert, aber nicht abgeschafft. Die Schuldenbremse wird weiterhin als politisches Instrument zur Begrenzung des Staatshaushaltes für Soziales, Bildung usw. herangezogen werden. Auch die Zinszahlungen der neu aufgenommen Kredite werden zukünftig als Argumen-



te für Kürzungspläne dienen. Je nach Zinsentwicklung können zwischen 250 und 400 Milliarden Euro an Zinszahlungen pro Jahr anfallen.

Schon jetzt wird überall der Rotstift angesetzt. Allein Berlin hat 2024 eine Kürzungsliste von 3 Milliarden Euro aufgestellt. 370 Millionen kürzt der Berliner Senat im Bildungsbereich. Wir können davon ausgehen, dass weitere Kürzungen, die unser Leben verschlechtern werden, folgen. Dabei geht der Bedarf genau in die andere Richtung. Wer eine Schule oder Kita von innen gesehen hat, weiß was alles saniert werden müsste. In Deutschland müssten 55 Milliarden in Schulen und fast 13 Milliarden in Kitas investiert werden, allein um den Sanierungsstau zu beheben. Von notwenigen Investitionen in Klimaschutz und öffentlichen Nahverkehr mal ganz zu schweigen. Milliarden sollen stattdessen für ihre Kriege und Kriegstüchtigkeit ausgegeben werden.

Woher die Soldat:innen nehmen und das Kriegsgerät?

Die Bundeswehr beklagt ihr Nachwuchsproblem und versucht seit Jahren durch Werbekampagnen und mit sogenannten Jugendoffizieren, die auf Berufsmessen und in die Schulen gehen, neues Sterbematerial zu finden. Auch wenn die Zahl der Rekrut:innen seit Jahren steigt, ist die Ausbeute bisher eher bescheiden. Dabei ist ihnen jedes Mittel Recht und auch vor der Rekrutierung von Kindersoldat:innen (Minderjährigen) schrecken sie nicht zurück. 2.200 von ihnen wurde 2024 angeworben. Unterschriebene UN-Kinderrechtscharta hin oder her, jede:r darf zur Bundeswehr. Bei unter 18-Jährigen sind die Fälle von sexuellen Übergriffen und Gewalt besonders hoch.

Rheinmetall, der große Profiteur der Stunde, rüstet auf. Sie wollen das VW-Werk in Osnabrück übernehmen, in Berlin-Gesundbrunnen und Neuss soll von ziviler zu militärischer Produktion umgestellt werden und in Gifhorn bieten sie Continental-Beschäftigten an, zu Rheinmetall zu wechseln. Rheinmetall „schafft und rettet Arbeitsplätze“, was bei vielen leider gut ankommt.

Politik von Linkspartei und Gewerkschaften

Problematisch fällt auch die Position der Führung der IG Metall aus, die in der Kriegswirtschaft eine Chance zum Erhalt von Arbeitsplätzen sieht. Stefan Körzell aus dem DGB-Vorstand und Mitglied der IG Metall sagte im Februar, „dass Steuergeld, das in dem oben skizzierten Sinne für Verteidigungszwecke ausgegeben werden muss, auch die Arbeitsplätze der von uns vertretenen Kolleginnen und Kollegen in der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie sichert und schützt.“ Wie schon 1914 geben damit die Gewerkschaftsführungen dem deutschen Imperialismus freie Bahn.

Die Linkspartei wiederum hat zwar am 18. März im Bundestag gegen die Grundgesetzänderung gestimmt, aber nur zwei Tage später haben ihre Vertreter:innen in den Landesregierungen von Bremen und Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat für das Aufrüstungspaket gestimmt. Wenn es darauf ankommt, unterscheidet die reformistische Linkspartei wenig von ihrem sozialdemokratischen Koalitionspartner. Von der Linken in Bremen heißt es in einem Statement, eine „europäische Sicherheitsarchitektur“ sei schon wichtig, nur der Weg dorthin passt ihnen nicht ganz.

» Mit diesen Kriegskrediten hat sich die neue Bundesregierung einen finanzpolitischen Spielraum verschafft, wie keine Regierung vor ihr und kann nun neue innen- und außenpolitische Töne anstimmen. «

Was müssen wir tun?

Laut ZDF befürworten 76 Prozent in einer Befragung mehr finanzielle Mittel für die Bundeswehr, auch wenn dadurch zusätzliche Schulden gemacht werden müssen.

Es ist unsere Aufgabe als Revolutionär:innen, den expansionistischen Charakter der Aufrüstung in allen Ländern herauszustellen. Die Herrschenden wollen uns gewinnen für *ihre Kriege in ihrem Interesse*. Wir müssen uns dem in den Weg stellen, auch indem wir antimilitaristische Bündnisse aufbauen *(siehe nächste Seite)*. ■

Hans Gebhardt und Sabine Müller, Berlin

Gegen Aufrüstung und Kriegsstimmung

Eine revolutionäre Antwort im Aufbau?

Am 18. März, als das gigantische Aufrüstungsvorhaben im Eiltempo vom Bundestag beschlossen wurde, versammelten sich in Berlin mehrere Hundert Demonstrant:innen vor dem Reichstagsgebäude. Mehr als 30 Organisationen (darunter die RSO) hatten zu der Aktion unter dem Motto „Schluss mit den Kriegskrediten!“ aufgerufen und die reaktionären Pläne von CDU, SPD und Grünen angeprangert. Eine Massenbewegung gegen die Kriegspläne der zukünftigen Regierung ist aber bislang nicht in Sicht.

Als Ende Januar der voraussichtlich neue Kanzler Merz (CDU) mit den Stimmen der AfD das Asylrecht abschaffen wollte, gab es Demonstrationen von ganz anderem Ausmaß. Gegen den Fall der sogenannten „Brandmauer“ demonstrierten allein in Berlin ca. 200.000 und deutschlandweit über eine Million Menschen. Doch diese Anti-AfD-Demos richteten sich nicht gegen die Regierung. Sozialdemokrat:innen waren dabei und sogar ein paar Mitglieder der CDU, die Merz als zu rechts empfanden.

Seitdem klar ist, dass die rechtsextreme AfD nicht in die Regierung kommen wird, sind diese vielen Demonstrant:innen nicht mehr da. Die aggressive Politik von Merz, der unter dem Vorwand der „Verteidigung“ das Land auf imperialistische Kriege vorbereiten will, stößt nicht auf dieselbe Empörung.

Nie wieder Krieg?

Angesichts der Tatsache, dass die Kundgebung am 18. März nachmittags stattfand, wo die meisten Menschen arbeiten mussten, und die Zeit für die Mobilisierung nicht sehr lang war, muss man mit der Beteiligung nicht unzufrieden sein. Es wurde im Zuge der Mobilisierung allerdings deutlich, dass viele Menschen von der Regierungspropaganda verunsichert sind und die Aufrüstung nicht grundsätzlich in Frage stellen. Ein Krankenpfleger berichtete im Kreis des Bündnisses, dass Kolleg:innen, die noch 2022 gegen das 100-Milliarden-Sondervermögen waren, jetzt von der Notwendigkeit der Aufrüstung überzeugt seien.

Trotz der zunehmenden Kriegstreiberei ist die alte Friedensbewegung seit Jahren in der Krise. Es muss nun darum gehen, nicht einfach nur pazifistische Phrasen wiederzubeleben, sondern die Frage aufzuwerfen, wessen Interessen von den Armeen der imperialistischen Staaten eigentlich „verteidigt“ werden.

Das Berliner Bündnis versammelt ein breites Spektrum von linken, radikalen und revolutionären Kräften, die verantwortungsvoll zusammenarbeiten. Auch linke Strömungen der Linkspartei haben den Aufruf mitunterschrieben.[1]

Die offizielle Berliner Linkspartei aber hat sich erst am Vortag dazu entschlossen, überhaupt zu einer Aktion aufzurufen … allerdings zu einer anderen Kundgebung am Morgen des 18. März, die noch deutlich kleiner war.

Wenn du Frieden willst, bereite die Revolution vor!

Sicher ist, dass die neue Kriegspolitik in Deutschland für Unruhe sorgen wird. Am Vormittag des 18. haben ein paar Dutzend Schüler:innen gestreikt und ebenso vor dem Bundestag demonstriert. Auf der Kundgebung am Nachmittag erklärte ein Lehrer der GEW seine Entschlossenheit, zu verhindern, dass Jugendoffiziere an Schulen kommen und seine Schüler:innen „zum Töten und Sterben rekrutieren“.

Zum Beginn des Sommersemesters ist an den Berliner Unis eine Bewegung gegen die Kürzungen geplant, die zu einer Bewegung gegen die Aufrüstung werden könnte. In Frankreich ist eine solche Bewegung schon in Gang gekommen.

Denn die Kürzungen, egal ob im Kulturbereich, bei der Bildung, im Gesundheitswesen oder im sozialen Bereich hängen eng mit der Aufrüstung zusammen. Überall stellt sich die Frage, wie sieht unsere Zukunft aus? All diejenigen, die sich die Frage stellen, zusammenzubringen, das ist die Aufgabe der Revolutionär:innen in diesen gefährlichen Zeiten! ■

Lorenz Wassier und Richard Lux, Berlin

1 Der gemeinsame Aufruftext unter: www.sozialismus.click/kundgebung-schluss-mit-den-kriegskrediten-gemeinsam-gegen-die-aufruestungsplaene-von-union-spd-und-eu-kommission/

Streik im Berliner Nahverkehr:

Ein Streik für höhere Löhne, der an Fahrt gewinnt

Die BVG (Berliner Verkehrsbetriebe) ist Deutschlands größtes Nahverkehrsunternehmen mit 16.000 Beschäftigten. Die Kolleg:innen sind seit Ende Januar im Kampf für einen Tarifvertrag, der die Reallohnverluste aus den Jahren der Inflation aufholen soll. Der U-Bahn-Fahrer Aimo antwortet auf unsere Fragen:

Mit fünf Warnstreiks habt ihr den Berliner ÖPNV lahmgelegt (mit Ausnahme der S-Bahn, die zur Deutschen Bahn gehört). Seid ihr mit diesen Warnstreiktagen zufrieden?

Ja, grundsätzlich sind wir mit den Warnstreiktagen zufrieden. Sehr positiv war, dass es endlich Demonstrationen zu Rathaus, Senatsverwaltungen [Senat = Berliner Landesregierung] und Abgeordnetenhaus gab. Denn es ist schließlich eine politische Frage, ob die notwendigen Gelder für den ÖPNV bereitgestellt werden. Mit dem BVG-Vorstand braucht man da gar nicht so ernsthaft reden.

... eine andere politische Dimension war es auch, mit anderen Betrieben zu streiken!

Das stimmt, es gab eine gemeinsame Demonstration mit Kolleg:innen von BSR [Berliner Stadtreinigung] und Wasserwerken. Dass Kolleg:innen der großen B's (BVG, BSR und Bewag) jetzt parallel gestreikt und einmal gemeinsam demonstriert haben, war eine gute Sache.

Ganz besonders gefreut, hat mich die Beteiligung von Kolleg:innen der CFM an der Demonstration zum Abgeordnetenhaus. Die outgesourcten Kolleg:innen der CFM kämpfen seit über 10 Jahren für eine Einbeziehung in den öffentlichen Dienst. Die CFM mit den Themen tarifliche Spaltung, Outsourcing und durchhaltendem Widerstand böte eigentlich eine gute Partnerschaft für die Kritik an Zuständen bei der BVG. Aber ich fürchte, ich bin schon wieder am Träumen ... die gemeinsamen Demos sind nur der Blick durch den Türspalt auf eine mögliche Verbindung der Kämpfe ;-).

Ihr führt doch gerade eine Urabstimmung durch, was einen unbefristeten Streik ermöglicht! Was ist das letzte Angebot des Unternehmens und wie ist die Kampflaune?

Die Bosse haben unserer wirklich vergleichsweise bescheidenen Forderung von 750 Euro Plus zum Brutto-Monatslohn zuletzt ein sogenanntes Angebot von 240 Euro, verbunden mit gleich für kommendes Jahr festgelegten 135 Euro Bruttoplus, entgegengesetzt. Die Angebote davor waren noch dreister. Die BVG verkauft die Journalist:innen und die Bevölkerung für dumm, indem sie die über mehrere Jahre gestreckten Erhöhungen zusammenrechnet. Für uns Fahrer:innen ist klar: wenn wir keine nennenswerte Erhöhung bekommen, dann wird die Personalnot sich verstärken.

Doch jedenfalls will man ja einen gut funktionierenden Nahverkehr. Und der muss gegen Senat und Missmanager:innen durchgesetzt werden. An der Basis herrscht schon ein guter Zusammenhalt. Es gibt definitiv eine hohe Kampfbereitschaft.

Wenn am 4. April die Urabstimmung endet, werdet ihr also gleich kraftvoll in den unbefristeten Streik treten?

Nein, da läuft ja noch die Schlichtung. Erst wenn die scheitert – und das ist leider gut möglich – droht der Erzwingungsstreik.

Während der Schlichtung herrscht wieder mal Friedenspflicht: Glaubst du, dass die Bosse ein besseres Angebot machen, ohne dass ihr weiter und stärker streikt?

Besser ist ja nicht schwer. Aber dass es ausreichend sein wird, daran habe ich starke Zweifel.

Wie demokratisch funktioniert ihr?

Durch die regelmäßigen Rückkopplungs-Umfragen unter allen Kolleg:innen, unabhängig von ver.di-Mitgliedschaft, nehmen sich die Arbeiter:innen an der Basis als Subjekte wahr. Das und die Aktivierung von Kolleg:innen als sogenannte Hofverantwortliche (in der Krankenhausbewegung nannte sich das Tarifberater) bedeuten schon eine neue Qualität demokratischer Teilhabe. Aber wie immer gilt: Demokratische Mitbestimmung ist nicht demokratische Selbstbestimmung. Und Plebiszite machen noch keine Demokratie. So fällt zum Beispiel oft das Wort „Streikversammlung", aber es handelt sich dabei nur um Kundgebungen von Funktionär:innen, nicht um Foren demokratischer Diskussion und Entscheidungsfindung.

Wir wünschen euch viel Erfolg! ■

Interview: Lorenz Wassier, Berlin

Alles streikt – Gemeinsam ist wichtig!

Es sind unruhige Zeiten für den öffentlichen Dienst in Berlin. Seit Wochen ist das Thema Streik sowohl in den Medien als auch in den Kneipen virulent: BVG, Stadtreinigung, Bäderbetriebe, Jobcenter, Vivantes, Charité, Charité Facility Management (CFM) — alles streikt. In dieser Aufzählung wird aber auch die Zerklüftung der Tariflandschaft deutlich, denn jeder Bereich streikt für einen eigenen Tarifvertrag.

BVG ist Schlusslicht ...

... bei der Bezahlung ihrer Beschäftigten. So fordern die Kolleg:innen der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) im Rahmen des Nahverkehrstarifvertrages u. a. eine Erhöhung ihres monatlichen Lohnes um 750€ sowie höhere Schicht- und Wechselschichtzulagen. Als Angebot der Chefs erhielten sie bisher im besten Fall einen Satz heiße Ohren.

(Siehe auch das Interview auf Seite 7)

Wir machen Charité erst möglich

Das ist der Slogan der CFM, den die dort Beschäftigten in ihrem Kampf für faire Bezahlung übernommen haben. Die CFM wurde 2006 gegründet und übernahm alle nichtmedizinischen Dienstleistungen (Transport, Reinigung, Sterilisation ...). Mittlerweile ist sie eine hundertprozentige Tochter der Charité, deren Eigentümer wiederum der Berliner Senat ist.

Ein wichtiges Ziel des Outsourcings war die Tarifflucht. Nach dem Haustarifvertrag der CFM erhalten die Beschäftigten deutlich weniger Lohn als nach dem an der Charité geltenden TVöD. Dabei geht es um bis zu 800€ Unterschied.

Bei den jetzigen Tarifverhandlungen gab es bisher keine Angebote. Dabei ist eine der Hauptforderungen der Kolleg:innen die Bezahlung nach TVöD – für einen Betrieb der im öffentlichen Dienst arbeitet, sollte dies selbstverständlich sein (s. Kasten).

Stattdessen bemüht sich die CFM sehr, die Beschäftigten einzuschüchtern. Kolleg:innen aus der Reinigung treffen sich an Streiktagen bereits weit vor den Betriebstoren, um nicht vereinzelt von irgendwelchen Vorarbeiter:innen belästigt zu werden. Seit einigen Tagen fährt auch ein kleiner, überforderter Saugroboter durch riesige Eingangshallen und soll wohl verdeutlichen, dass die Reinigungskräfte ersetzbar wären.

Forderungen der Kolleg:innen der CFM:

- 100% TVöD
- Recht auf Vollzeit
- Zulagen für Springer
- 500 Euro Ver.di-Bonus

Die Chefs mahnen, die Kolleg:innen sollten endlich von ihrer Maximalforderung nach dem TVöD abrücken, denn es würde durch dessen Anwendung zu Arbeitsplatzabbau kommen. Begründung: Die Charité müsse für Dienstleistungen Firmen beauftragen, die nach marktüblichen Löhnen zahlen. Und somit billiger wären als die CFM. Das ist angesichts von 20 Jahren Einsparungen der Charité zu Lasten der CFM-Arbeiter:innen mehr als zynisch! Um eine Idee zu bekommen wie viel Geld die Charité durch die Niedriglöhne an der CFM einspart: Die Anwendung des TVöD würde je nach Quelle bis zu 40 Millionen Euro mehr kosten. Heißt: In dieser Größenordnung sparen CFM und Charité bisher Lohnkosten ein, pro Jahr!

Von der Politik veräppelt

Vor allem der Eigentümer des Mutterkonzerns Charité, der Berliner Senat, hat alle Möglichkeiten, den CFM-Beschäftigten zu helfen. Seit bereits drei Koalitionsverträgen findet sich immer wieder der Passus, die CFM in den TVöD überzuleiten. Der aktuelle Senat wollte dazu die CFM komplett in die Charité integrieren. Automatisch muss dann nach TVöD bezahlt werden. Doch Bürgermeister Wegner und Co verweigern dies bisher mit Hinweis darauf, dass eine Arbeitsgruppe zur Integration der CFM erst Ergebnisse vorlegen müsse. Dieser Senat regiert seit zwei Jahren!

Warnstreiks haben begonnen

Die Kolleg:innen haben ihre Wut nun umgewandelt in Energie für den Streik. Seit dem 6. März 2025 gab es Warnstreiks. Über 700 Beschäftigte der CFM streikten bei bestem Wetter, in sehr guter Stimmung und mit viel Optimismus. Dies zeitweise zusammen mit den Beschäftigten der Charité, die zum Streik in der TVöD-Runde aufgerufen waren. Zusammen zogen über 1500 Beschäftigte laut und unübersehbar durch den Wedding. Vor allem Kolleg:innen aus der Reinigung, die im Alltag sehr vereinzelt arbeiten und wenig Kontakt zueinander haben, diskutierten und feierten quer zur Vielfalt der Nationalitäten. Der Streik ließ viele Barrieren einstürzen.

In der zweiten Warnstreikrunde nahm die Zahl der Streikenden weiter zu. Die Streiklokale waren voll und das, obwohl ihre Kolleg:innen aus der Charité diesmal nicht zum Streik aufgerufen waren. Ist formal „ein anderes Tarifobjekt“. Dafür trafen sie sich mit Kolleg:innen der BVG. Eine gemeinsame Demonstration von über 5000 Streikenden lässt das Selbstbewusstsein ordentlich wachsen. Das wird sich sicher auch im Ergebnis der gerade ablaufenden Urabstimmung zeigen.

Ein machtvoller Streik, der schnell einen hohen ökonomischen und politischen Druck erzeugt, ist wichtig. Viele Kolleg:innen an der CFM haben so geringe Löhne, dass auch das entsprechende Streikgeld der Gewerkschaft nur gering ausfällt. Jeder Streiktag kostet die Kolleg:innen nicht nur Kraft, sondern auch Geld. Die Gruppe „Gesundheit statt Profite“ und die Kampagne „Berlin steht zusammen“ haben ein Spendenkonto zur finanziellen Unterstützung eingerichtet: https://gofund.me/db85b3c9

Forderungen TVöD

- 8 % mehr Lohn, aber mind. 350 Euro mehr als soziale Komponente
- bezahlte Pause bei Arbeit in Wechselschicht (auch im Krankenhaus)
- 3 zusätzliche freie Tage
- ein freier Tag für Ver.di-Mitglieder
- Einführung eines Zeitkontos
- Erhöhung der Auszubildendenvergütung um 200 Euro

Angebot in der dritten Verhandlungsrunde

- ab 01.10.2025: 2% mehr Lohn
- ab 01.07.2026: 2 % mehr Lohn
- ab 01.07.2027: 1,5% mehr Lohn
- 36 Monate Laufzeit

Auch in der TVöD-Runde kein Angebot

Ein weiteres Tarifobjekt steht im gesamten Bundesgebiet im Fokus. Der Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes (TVöD VKA), also des Bundes und der Kommunen, wird gerade neu verhandelt. In Berlin findet er u.a. Anwendung bei der Berliner Stadtreinigung, den Wasserbetrieben, den Berliner Bäderbetrieben und auch bei den Klinikkonzernen Vivantes und Charité.

Nur der Vollständigkeit halber: Auch hier gab es kein Angebot der Chefs, konsequent bis zur dritten Verhandlungsrunde, um dann ebenfalls eine Ohrfeige zu verteilen (s. Kasten). Mittlerweile beraumten sie das Schlichtungsverfahren an. Die Bewertung des Schlichtungsergebnisses soll Anfang April vorliegen, um dann in der Gewerkschaft zu entscheiden, ob die Urabstimmung für den unbefristeten Streik durchgeführt wird.

Von der Chefseite wurde Roland Koch als Schlichter auserkoren. Koch war Ministerpräsident in Hessen und blieb unter anderen mit der Einführung von Studiengebühren, seinen rassistischen Kampagnen zum Staatsbürgerrecht oder mit der Privatisierung der Uni-Klinik Gießen/Marburg in Erinnerung.

Größenwahn der Ver.di-Führung?

Bundesweit wurden die Forderungen über Befragungen der Mitglieder legitimiert. Vorwürfe der Maßlosigkeit an die Ver.di-Führung sollen also die Forderungen der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes diskreditieren und zur Spaltung der Beschäftigten führen.

In Berlin/Brandenburg werden die Verhandlungen über sogenannte Rückkopplungen von den Mitgliedern begleitet. Dieses als Testlauf bezeichnete Verfahren geht auf die Entlastungsbewegungen im Land Berlin und an weiteren Kliniken bundesweit zurück. Dabei werden alle Zwischenstände mit gewählten Tarifbotschafter:innen (Teamdelegierten) besprochen und deren Meinungsbild eingeholt. Bei den Entlastungskämpfen unterwarfen sich in der Regel die Tarifkommissionen dem jeweiligen Votum der Teamdelegierten.

Streben die „Arbeitgeber“ die Kraftprobe mit den Gewerkschaften an?

Die Reaktionen der Chefs bei der BVG, der CFM und den TVöD-Betrieben auf die Forderungen ihrer Beschäftigten deuten auf harte Auseinandersetzungen hin. Es scheint angestrebt, dass die Kampfkraft der organisierten Beschäftigten getestet und vielleicht auch gebrochen werden soll. Nach Konstituierung der neuen Bundesregierung dann wohl auch mit politischen Mitteln. Oft genug wurde bereits im Vorfeld über eine Einschränkung des Streikrechts gerade im öffentlichen Bereich diskutiert.

Eine Gegenwehr wird auch durch die Zersplitterung der Belegschaften im öffentlichen Dienst erschwert. Neben den eben schon beschriebenen unterschiedlichen Tarifgebieten bei den verschiedenen Betrieben des öffentlichen Dienstes gibt es auch noch einen weiteren Tarifvertrag, den TV-L. In Berlin zum Beispiel die angestellten Lehrer:innen und Erzieher:innen betreffend. Weitere Tarifverträge gibt es bei Post, Bahn, Ärzt:innen usw. Alles Bereiche des öffentlichen Dienstes.

Wenn uns schon kein Tarifvertrag verbindet, dann die gemeinsame Arbeit vor Ort und die Notwendigkeit der Verbesserung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen! Künftige Streiks müssen zusammengeführt werden, um mehr Durchsetzungskraft zu entwickeln. So auch bei CFM und Charité. ■

27. 3. 2025

Havanna Obst und Paula Anders, Berlin

Abkürzungen:

BVG	Berliner Verkehrsgesellschaft
CFM	Charité Facility Management GmbH
TV-L	Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes der Länder
TVÖD	Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen
VKA	Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände

Die Sozialpartnerschaft schlägt zurück...

Gegen die Arbeitenden. Mit der neuen Regierung aus ÖVP, SPÖ und NEOS feiert die Sozialpartnerschaft ein fragwürdiges Comeback: Sozialdemokratische Vertreter:innen von Österreichischem Gewerkschaftsbund (ÖGB) und Arbeiterkammer (AK) dürfen das größte Sparpaket der Zweiten Republik als Regierungsmitglieder mitverwalten. Worauf es hinauslaufen wird? Steigende Armut, staatlicher Rassismus, ungebremster Klimawandel, kaputtgesparte Sozialsysteme ...

Die Regierung feiert sich als vermeintliche Retterin der Republik, weil eine Regierungsbeteiligung der FPÖ und ihre autoritären Fantasien à la Orbán (vorerst) verhindert wurden. Der Frontalangriff auf die Arbeitenden kommt trotzdem, in Form des vermeintlich „kleineren Übels" der Sozialpartnerschaft.

Sparen und Umverteilen

Um aufgrund zu hoher Schulden nicht aufs Radar der EU zu geraten, müssten bis 2028 24 Milliarden eingespart werden. Bisher waren dafür dieses Jahr 6 Milliarden vorgesehen, doch das schlechte Wirtschaftswachstum verlangt nun nach der doppelten Menge Einsparungen (weil Steuereinnahmen fehlen). Und alle in der Regierung und außerhalb sind sich einig: es muss gespart werden. Kein Wort dazu, wie das Defizit entstanden ist: Geschenke an Großunternehmen und Reiche im Zuge der „Corona-Hilfen" – in ähnlicher Höhe des Budgetdefizits.

Die SPÖ hat sich mit einer symbolischen Bankenabgabe (Bankensteuer) und Zusatzsteuern auf Profite von Energieunternehmen abspeisen lassen. Die rund zwei Milliarden Euro Zusatzeinnahmen in fünf Jahren sind lächerlich. Das hat das Kapital allein durch Steuersenkungen der letzten Regierung wieder herinnen. Und: Die österreichischen Banken machten allein 2023 rund 14 Milliarden Euro Gewinn. Vom geplanten Sparpaket tragen die Hälfte normale Haushalte, nur ein Fünftel Unternehmen.

„Wichtige Schritte in die richtige Richtung"

...so sieht der ÖGB das neue Regierungsprogramm. Erbschafts- und Vermögenssteuern wären eh schön gewesen, aber leider nein. Man freut sich darüber, dass es eigene Ideen ins Regierungsprogramm geschafft haben (z.B. Kindergrundsicherung, Ausbau Gesundheitsversorgung). Die meisten davon bleiben vage und stehen „unter Budgetvorbehalt" – werden also mangels Geld nicht umgesetzt werden. Massive Angriffe auf Arbeitslose und Sozialhilfe werden als Arbeitsmarktintegration umgedeutet. Von Maßnahmen gegen die Teuerung bleibt nur eine lückenhafte und zeitlich begrenzte Mietpreisbremse.

Gegenüber Migrant:innen und Geflüchteten gibt es die volle Härte – auch ohne FPÖ. Einige der Maßnahmen (wie Aussetzung des Asylrechts, Stopp des Familiennachzugs, benachteiligter Zugang zu Sozialleistungen) verstoßen gegen Verfassung, EU-Recht und Menschenrechte. Egal. Dazu kommen verstärkte Abschiebungen, erschwerter Zugang zur Staatsbürgerschaft, Einschränkung der Bewegungsfreiheit... Der ausufernde Rassismus wird weiter vorangetrieben, die FPÖ freut sich – nicht erst bei den nächsten Wahlen. Der ÖGB erwähnt all das in seiner „Analyse" des Regierungsprogramms mit keinem Wort!

All diese Angriffe werden die Lebensbedingungen der Arbeiter:innenklasse zusehends verschlechtern. Fürs Kapital entsteht ein wachsendes Reservoir an noch weiter entrechteten, prekären und billigen Arbeitskräften – mit Geflüchteten und Migrant:innen auf der untersten Ebene.

Auch die fehlenden Maßnahmen gegen den Klimawandel und seine Auswirkungen werden den Arbeitenden teuer zu stehen kommen. Die Abschaffung von Klimabonus und ökologischen Förderungen (z.B. Heizungstausch) und die Verteuerung des Klimatickets treffen die Arbeitenden direkt. Der ungebremste Klimawandel wird das Leben verteuern (Lebensmittel, Energie...) und gesundheitlich zuschlagen (Tote und Verletzte durch Naturkatastrophen, Übersterblichkeit und Arbeitsbelastung während Hitzewellen...). Auch dazu sagt der ÖGB kein Wort.

Wer schaut auf uns?

Die neue Sozialministerin Korinna Schumann, bisher Vizepräsidentin des ÖGB, bringt die paternalistische, sozialpartnerschaftliche Stellvertreterlogik auf den Punkt: „Die Lage ist zwar nicht rosig. Aber diese Regierung schaut auf uns." Der ÖGB ist Teil der Regierung und wird die Arbeiter:innen nicht gegen die Angriffe mobilisieren, sondern versuchen Arbeitskämpfe und Protest zu unterbinden. Erfolgreicher Widerstand gegen die massive Offensive des Kapitals kann nur von einer klassenkämpferischen Bewegung der Arbeitenden selbst kommen. Dafür helfen weder Appelle an noch Hoffnungen in vermeintlich linke Teile des ÖGB. ■

Johannes Wolf, Wien

» Auch ohne FPÖ kommt der Frontalangriff auf die Arbeitenden, in Form des vermeintlich „kleineren Übels" der Sozialpartnerschaft. «

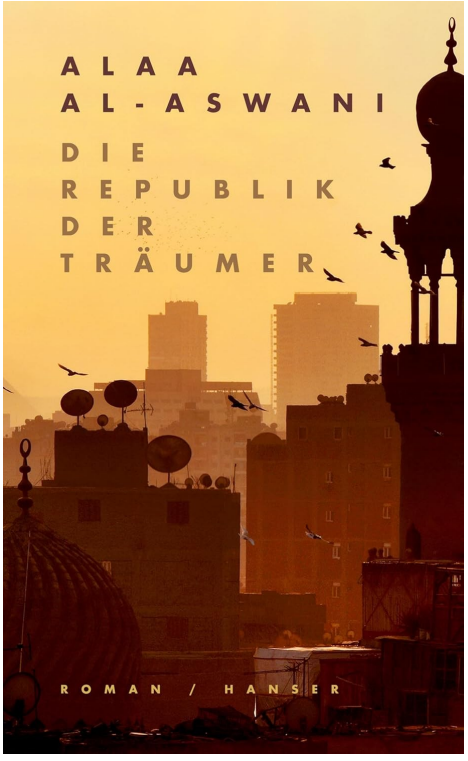
Die Republik der Träumer

Am 11. Februar vor 14 Jahren wurde der ägyptische Diktator Mubarak durch eine revolutionäre Bewegung gestürzt. Um einen Eindruck zu gewinnen von der Energie, die in den großen Betrieben und auf dem Tahrir Platz in Kairo herrschte, ist der Roman „Die Republik der Träumer“ von Alaa al-Aswani eine große Bereicherung.

Der langjährige ägyptische Oppositionelle und Schriftsteller teilt darin seine Sympathie für die Demonstrant:innen auf dem Tahrir Platz. Aber er zeigt auch die Grenzen, an die die ägyptischen Arbeiter:innen, die Jugend und Unterdrückten gestoßen sind: Mubarak verließ seinen Platz an der Spitze des Staates, aber der restliche Staatsapparat blieb. Dieser Roman ist deshalb für jeden, der die Notwendigkeit einer sozialen Revolution verstehen will oder schon begriffen hat, sehr zu empfehlen!

Wie in anderen Romanen dieses Autors, die ihn bekannt gemacht haben, wie zum Beispiel „Der Jakubijân-Bau“, gibt es auch in diesem Buch einer Vielzahl von Figuren, deren Wege sich kreuzen. Unter den Demonstrant:innen sind die Studenten Dania und Khaled, ein alter Schauspieler, Asma, eine Lehrerin, und Mazen, ein Ingenieur, auf der einen Seite der Barrikade. Auf der anderen Seite der Barrikade stehen der General Ahmed Alouani, Anführer der befürchteten Staatssicherheit, Issam, ein alter Ingenieur und ehemalige politische Aktivist, aber auch der Scheich Chamel und die TV Sprecherin Nuran. So gelingt es al Aswany mosaikhaft eine realistische Darstellung der Ereignisse zu erschaffen.

Die Geschichte fängt aber nicht direkt inmitten der revolutionären Situation an. Daher sieht man, wie die Romanfiguren sich der Bewegung auf dem Tahrir-Platz, trotz staatlichen Drucks und Zwangs anschließen. Auch wenn der „arabische Frühling“ bzw. die „Arabellion“ der Funke war, dieser revolutionäre Bruch war durch vorangegangene Streiks und kleinere Mobilisierungen vorbereitet. Organisationen wie „Kifaya“ (Genug), die eher aus Lehrer:innen und Ingenieuren wie Asma und Mazen bestanden, versuchten in der Opposition Widerstand zu leisten trotz der staatlichen Repression. Den entscheidenden Anstoß zu der Massenbewegung lieferte der ägyptische Staat selbst mit dem Mord an Khaled Said, der große Wut hervorrief.



Als der Tahrir-Platz in Kairo sich wegen der Not, der Polizeidiktatur und der Heuchelei der konservativen Gesellschaft mehr und mehr füllte, blieben die Arbeitenden keine passiven Zuschauer. Im Gegenteil: sie waren – zwar unbewusst ihrer eigenen Kraft – treibende Akteure. Am 9. Februar streikten mehr als 300.000 Arbeiter:innen und zwangen dadurch den Diktator Mubarak am 11. Februar zum Rücktritt. Dieses Gewicht der arbeitenden Klasse wird in dem Roman durch einen Streik in der Zementfabrik von Issam und Mazen gezeigt. Doch kommt in diesem Buch keine Arbeiterin oder Arbeiter als Hauptfigur vor. Leider kein Zufall, denn es existierte in der Arbeiter:innenklasse keine revolutionäre Organisation von Gewicht.

Mit dem Sturz Mubaraks, der 18 Tage früher noch unmöglich erschien, konnte die Bewegung aber nicht enden. Auf der anderen Seite konnte der Staatsapparat, auch wenn er geschwächt war, eine solche Situation nicht hinnehmen. In dem Roman wird gezeigt, mit welchen dreckigen Methoden und mit welcher Hartnäckigkeit die Polizei, die Armee, die ganzen Medien das Land ins Chaos stürzen. So beschimpfen sie die Demonstrant:innen als „Agenten Israels und der CIA“. Mit dem Maspero-Massaker im Oktober gingen sie gewaltsam gegen die christliche Minderheit der Kopten vor, die sich der Revolution angeschlossen hatten. Dagegen versuchten die Demonstrierenden sich zu wehren und ihre eigenen Medien aufzubauen. Aber die Zeit rannte ihnen davon zugunsten der Konterrevolutionäre. Dabei war die Politik der Muslimbrüder, die sich eine oppositionelle Fassade gaben, eine tödliche Falle. Denn statt die gesamte Diktatur zu sprengen, wollten sie nur die Scharia in die Verfassung schreiben. Selbst wenn sie besiegt wurden, überlegen einige Aktivist:innen dieses Romans, wie der Kampf fortgesetzt werden kann. Denn 10 Jahren erneute Diktatur verlangen danach, dass der revolutionäre Frühling wieder blüht!

■

Eva Ruth, Hamburg

IMPRESSUM | Herausgeberin: RSO, Stiftgasse 8, 1070 Wien | Druck: Eigenvervielfältigung/WIRmachenDRUCK
Verantw. Redakteur: Klaus Kirschner c/o Stefan Bommer, Bildungsgesellschaft für Arbeiter*innen, Sonnenallee 152, 12059 Berlin

VERANSTALTUNGEN

Lerne unsere internationale Strömung kennen!
Vier Tage Austausch und Debatte mit Revolutionär:innen aus Frankreich, USA, Griechenland, Spanien, Österreich und Deutschland.
Alle Infos unter:
camp2025.sozialismus.click/
Schreib uns bei Interesse, je früher, desto günstiger wird die Anreise!

Hier findet ihr uns online

Deutschland
www.sozialismus.click
rsodeutschland

Österreich

www.sozialismus.net
rso_organisation
rsoorganisation

Revolutionär Sozialistische Organisation

Sozialismus oder Laberei

rso
revolutionär sozialistische organisation

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr unter:

www.sozialismus.click/was-wir-wollen/

Ihr erreicht uns in Deutschland unter:

info@sozialismus.click

www.sozialismus.click

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net

www.sozialismus.net